

Emissionshandel | 10.01.2013 | Lesezeit 1 Min.

Noch ein Strompreistreiber

Ab 2013 werden im Emissionsrechtehandel der Europäischen Union (EU) immer mehr Kohlendioxid-Zertifikate versteigert statt kostenlos ausgegeben. Die Industrieunternehmen haben dadurch im weltweiten Wettbewerb einen Nachteil gegenüber Firmen außerhalb der EU, die diese Zusatzbelastung nicht tragen müssen.

Deswegen bekommen besonders CO₂-effiziente Unternehmen den größten Teil ihrer Emissionsrechte weiterhin kostenlos, alle weniger klimafreundlichen Produzenten müssen zahlen.

Bei alledem wird allerdings nicht berücksichtigt, dass die Versteigerung von CO₂-Zertifikaten auch den Strom verteuert. Denn die europäischen Stromerzeuger stehen nicht im internationalen Wettbewerb und können ihre Mehrbelastung deshalb relativ leicht auf ihre Kunden überwälzen. In manchen Branchen erhöhen sich allein dadurch die Produktionskosten um mehr als 5 Prozent, schätzt die EU-Kommission. Besonders betroffen sind die Aluminiumerzeuger (Grafik).



Auch für diesen indirekten Kosteneffekt hat die EU einen Ausgleichsmodus parat: Zunächst sollen den im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen 85 Prozent jener emissionshandelsbedingten Stromkosten erstattet werden, die bei einer besonders effizienten Produktionsweise entstehen. Dieser Anteil sinkt bis 2019 auf 75 Prozent. Alles, was darüber hinausgeht, bleibt als Kostenbelastung bestehen. Die deutschen Unternehmen müssen 2013 zudem in Vorleistung treten, denn die Erstattung wird erst im Jahr 2014 ausgezahlt.

Kernaussagen in Kürze:

- Ab 2013 werden im Emissionsrechtehandel der Europäischen Union (EU) immer mehr Kohlendioxid-Zertifikate versteigert statt kostenlos ausgegeben.
- Es wird nicht berücksichtigt, berücksichtigt, dass die Versteigerung von CO₂-Zertifikaten auch den Strom verteuert.
- In manchen Branchen erhöhen sich allein durch die höheren Strompreise die Produktionskosten um mehr als 5 Prozent, schätzt die EU-Kommission.